

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Metall-Tarifabschluß - German Wings -  
EG-Sondergipfel - USA - UN**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1990) : Kurz kommentiert: Metall-Tarifabschluß - German Wings - EG-Sondergipfel - USA - UN, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 5, pp. 225-226

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136633>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

**Metall-Tarifabschluß  
Falsche Weichenstellung**

---

Mit dem Kompromiß, zu dem die Metall-Tarifpartner sich in letzter Minute durchgerungen haben, wurde die Gefahr eines weitreichenden Streiks wie im Jahr 1984 abgewendet. Er hätte angesichts der hohen Kapazitätsauslastung das gesamtwirtschaftliche Wachstum in diesem Jahr merklich gedämpft. Auch wird der äußerst schwierige Prozeß der Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft nicht schon am Beginn durch einen Streik in einem wichtigen Lieferbereich erschwert.

Einige Kernpunkte des Kompromisses sind jedoch bedenklich, nicht zuletzt die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Sie stellt wie die fast gleichlautende Regelung beim Übergang auf die 40-Stunden-Woche in den sechziger Jahren eine Vorbelastung für künftige Tarifrunden dar; damals wurde für einen Aufschub ein Ausgleich gezahlt. Sie setzt aber auch für andere Tarifbereiche ein falsches Signal. Generelle Verkürzungen der Wochenarbeitszeit erscheinen kaum geeignet, die Arbeitsmarktprobleme der neunziger Jahre zu lösen.

Ihre möglichen negativen Effekte, u.a. Vergrößerung des Fachkräftemangels, Impuls für Rationalisierungsinvestitionen und Benachteiligung von Klein- und Mittelbetrieben sind lange bekannt. Der im Kompromiß enthaltene Spielraum, daß ein Teil der Beschäftigten bis zu 40 Stunden arbeiten kann, wiegt allerdings die Nachteile wohl teilweise auf. Im übrigen sollte zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen auf mittlere Sicht die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes erhöht werden – wie in den anderen europäischen Ländern bereits geschehen. Hierzu sollte die Tarifpolitik auch mit einer flexibleren Gestaltung der Arbeitszeiten beitragen. Dem trägt der jüngste Metall-Abschluß nicht genügend Rechnung. sp

---

**German Wings  
Flügel gestutzt**

---

Die Linienfluggesellschaft German Wings hat nach nur gut einem Betriebsjahr Konkurs angemeldet. Die eingepflanzten hohen Anlaufverluste wurden weit überschritten, so daß ein Fortführen des Flugbetriebs nur mit Hilfe

neuer Geldgeber möglich gewesen wäre, die letztlich nicht gefunden werden konnten.

Erst seit zwei Jahren dürfen außer der Lufthansa AG andere Luftfahrtunternehmen im Inlandsverkehr in eingeschränkter Weise den Liniendienst aufnehmen. Dies wurde nur durch die Liberalisierung der EG-Luftfahrt möglich, die trotz massiver Einwände von Seiten der Bundesrepublik und der mehrheitlich staatseigenen Lufthansa AG von den EG-Partnern durchgesetzt werden konnte.

Den Newcomern war der Markteintritt so schwer wie möglich gemacht worden. So mußte erst per Gerichtsbeschluß festgelegt werden, daß – wie weltweit in der Branche üblich – auch die Tickets der neuen Luftfahrtunternehmen von den übrigen Liniengesellschaften anerkannt werden müssen. Erfolglos blieben die Bemühungen der Neuen, das starre Tarifsysteem mit extrem hohen Flugpreisen, die von der Lufthansa AG weitgehend mitbestimmt wurden, zu verändern. Außerdem wurden die durch das Bundesverkehrsministerium vergebenen Start- und Landezeiten nicht neu verteilt, sondern die Lufthansa AG konnte ihre traditionellen Rechte behalten, während die Neuen auf ungünstigere Zeiten ausweichen mußten.

German Wings versuchte diesen Wettbewerbsnachteilen einen besseren Service als üblich entgegenzusetzen. Dies kann jedoch auf Dauer nicht ausreichen, wenn alle übrigen Determinanten einer Transaktion wie Zeitpunkt, Preis und Ort ausschließlich von der Konkurrenz bestimmt werden. cw

---

**EG-Sondergipfel  
Gefahr der Verzettelung**

---

Der EG-Sondergipfel Ende April in Dublin war aus deutscher Sicht sicherlich ein Erfolg: die anderen Regierungen unterstützen vorbehaltlos den Prozeß der deutschen Einigung und wollen eine reibungslose und harmonische Integration eines vereinigten Deutschland in die Gemeinschaft. Auf dem Europa-Gipfel in Straßburg vom Dezember war bei einer Reihe von EG-Partnern noch ein deutliches Unbehagen über den sich abzeichnenden deutschen Einigungsprozeß erkennbar gewesen. Sicherlich spielte dabei die Furcht eine Rolle, daß eine mit der deutsch-deutschen Einigung beschäftigte Bundesrepublik ihr Interesse am europäischen Eini-

gungsprozeß verlieren könnte. Die südlichen EG-Länder wiederum fürchteten, daß die Integration der DDR in die Gemeinschaft zu ihren Lasten gehen könnte.

In dieser Situation hat die Bundesregierung rasch reagiert. Sie machte deutlich, daß sie die vorgeschlagene Schaffung eines Sonderfonds für die DDR nicht als notwendig erachtet und daß die deutsche Einigung nicht zu Lasten der strukturschwachen EG-Länder gehen dürfe. Wichtiger noch war, daß die Bundesregierung ihr europäisches Interesse weithin sichtbar machen konnte, indem sie zusammen mit Frankreich eine Initiative zur Verwirklichung der politischen Union einleitete. Ein solcher Ansatz erscheint zur Zeit allerdings nicht unproblematisch. Wenn man sich nämlich jetzt zusätzlich mit dem politischen Überbau beschäftigt, von dem noch niemand weiß, wie er aussehen wird, erwächst zumindest die Gefahr, daß man sich verzettelt; denn es steht die keineswegs leichte Vollendung des Binnenmarktes an, und es geht in die schwierige Verhandlungsphase zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion. kr

---

## USA

### Handelspolitische Nagelprobe

---

Carla Hills, die Handelsbeauftragte des US-Präsidenten, hat Japan – und Brasilien – von der Liste der „unfairen“ Handelspartner gestrichen; nur Indien bleibt gebrandmarkt. Damit wird ein doppeltes Zeichen gesetzt. Die laufenden GATT-Verhandlungen, die sich der Endrunde nähern, sollen nicht durch bilateralen Schlagabtausch gefährdet werden. Und: Konzessionsbereitschaft wird honoriert. So hat Japan seinen Markt für Supercomputer, Satelliten und Holzprodukte geöffnet und in „substantielle“ Gespräche über die Beseitigung struktureller Handelshindernisse eingewilligt. Brasilien ist dabei, mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen abzubauen und hat im besonders sensiblen Informatiksektor bereits eingelenkt, während Indien bisher zu keinerlei Konzessionen in den für Washington kritischen Bereichen bereit war.

Daß Indien nun ganz allein am Pranger steht, wird die Uruguay-Runde voraussichtlich nur unwesentlich belasten; das Land hat sich in Genf zunehmend selbst isoliert. Gefährlicher erscheint die Reaktion des amerikanischen Kongresses, der nicht zulassen will, daß die erst vor relativ kurzer Zeit von ihm geschaffene Waffe des „Super 301“ stumpf wird. Die Handelsbeauftragte hat sich denn auch beeilt zu betonen, daß von einem zukünftigen Totalverzicht auf dieses Druckmittel der

Brandmarkung einzelner Handelspartner, wie ihn nahezu alle wichtigen Handelspartner der USA verlangen, nicht die Rede sein könne. Die eigentliche Nagelprobe auf die Konzilianz der US-Handelspolitik steht daher noch aus. Der Kongreß wird nur dann für den Primat multilateraler Streitschlichtung vor einseitigen Strafmaßnahmen zu gewinnen sein, wenn gleichzeitig ausländische Märkte nachhaltig geöffnet werden. Dies setzt freilich Liberalisierungsbereitschaft im eigenen Land voraus. ko

---

## UN

### Oberwasser für Industrieländer

---

Am 2. Mai endete in New York eine Sondersitzung der UN-Vollversammlung mit einer im Konsens verabschiedeten Erklärung zur internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Sie ist als Richtlinie zur Wiederbelebung von Wachstum und Entwicklung in der Dritten Welt in den neunziger Jahren gedacht. Es fällt schwer, aus dem Schlußdokument Substantielles herauszulesen, geschweige denn politisch, wirtschaftlich oder finanziell Verbindliches. Letzteres gilt besonders für die Industrieländer, die durch die jüngsten Veränderungen in Osteuropa ordnungspolitisches Oberwasser haben und somit wenig Anlaß für Zugeständnisse sahen. Die Entwicklungsländer verzichteten auf ideologische Grabenkämpfe, etwa für eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Statt dessen wurde die Notwendigkeit eigener Anstrengungen anerkannt, z.B. in Form von Diversifizierung, Inflationsbekämpfung, Investitionsförderung, Stärkung der Marktkräfte und des Wettbewerbs. Selbst Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte werden erwähnt. Möglicherweise wird das Scheitern des Sozialismus in Osteuropa in der Dritten Welt mehr an Reformen in Gang bringen, als dies mit Strukturanpassungsprogrammen und Politikdialog bisher möglich war.

Wenig Originelles kam in Sachen internationale Wirtschaftsbeziehungen zustande, wie die Aufforderung zu mehr Technologietransfer, zum Abbau von Protektionismus und Erreichen des 0,7- und 0,15-%-Zieles zeigen. Die Sorge wurde deutlich, daß die Wirtschaftshilfe des Westens für Osteuropa auf Kosten der Entwicklungsländer gehen könnte. Ein möglicher Schuldenerlaß für die ärmsten Länder wurde vertagt. Ähnlich verfuhr man mit der Umweltproblematik. Immerhin gehört das Anerkenntnis der Industrieländer, die maßgeblichen Verursacher und Verantwortlichen der weltweiten Umweltschäden zu sein, zu den auffallendsten Ergebnissen dieser Sondergeneralkonferenz. bo